

Luxemburger Wort

für Wahrheit und Recht

Donnerstag, 20. Juli 1950

103. Jahrgang
Nummer 201

VERLAG DER ST. PAULUS-DRUCKEREI

Luxembourg, 6—8 rue Jean Origer • Tél. 67 41 bis 67 44 u. 20 53
Esch-Alzette, 58—60 rue de l'Alzette • Tél. Esch-sur-Alzette 26 72

Botschaft Präsident Trumans an den US-Kongress

fordert Teilmobilisierung des amerikanischen Mannschafts- und Wirtschaftspotentials

WASHINGTON, 20. Juli. (AP). Die Aufhebung aller Beschränkungen und gesetzlichen Begrenzungen der amerikanischen Streitkräfte, eine Teilmobilisierung der amerikanischen Heimatfront und einen 10 Milliarden Dollar-Kredit zur Abwehr der kommunistischen Aggression in Korea hat Präsident Truman gestern dem amerikanischen Kongress empfohlen. Truman erklärte, der Angriff auf Korea habe ohne jeden Zweifel klargemacht, daß der Kommunismus die bewaffnete Aggression zum Instrument seiner Eroberungspolitik gemacht habe. Mit Angriffen in anderen Teilen der Welt müsse man daher rechnen. Das amerikanische Volk müsse bereit sein, sie abzuwehren. Bei der Teilmobilisierung der Heimatfront seien Preiskontrollen oder Rationierungen vorläufig nicht geplant. Eine Erhöhung der Steuern zur Deckung der Staatsausgaben sei zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Die bessere Erkenntnis

Präsident Truman antwortet auf die kommunistische Herausforderung in Korea mit einer Energie, die wohl die Wenigsten erwartet hätten. Er verlangt vom Kongress eine bereits weitgehende Teilmobilisierung des amerikanischen Mannschafts- und Wirtschaftspotentials. Ob Moskau mit dieser Möglichkeit gerechnet hatte, als es dem nord-koreanischen Satelliten Genehmigung oder Auftrag zur Invasion gab? Wohl kaum. Für einmal sind die Demokratien prompt zur Hand, sich für alle Fälle vorzusehen.

Für alle Fälle? Gewiß schon. Präsident Truman sagt es ausdrücklich: die Teilmobilisierung geschieht nicht nur im Hinblick auf die Ereignisse in Korea, sondern als Vorsorge gegen alle Eventualitäten. Was das für Eventualitäten sind, die Präsident Truman vorschweben, wird nicht gesagt. Reuter glaubt aber aus Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten Washingtons herausgehört zu haben, daß man im Weißen Haus und im State Department an Indochina, Malaya, Burma, Siam, Pakistan, Australien und Neuseeland denkt. Vielleicht, so läßt Reuter weiter durchblicken, ließen sich dieser Liste noch Formosa, Indien und Jugoslawien hinzufügen.

Das also wären die neuralgischen Punkte. Streichen wir Australien und Neuseeland, von denen man nicht recht sieht, wie ihnen unmittelbare Gefahr drohen soll, so sind es alles Landstriche mit denselben Gegebenheiten wie Korea. Überall wäre Rußland in der Lage, irgendwelche Satelliten vorzuschieben und die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, ohne selbst direkt eingreifen zu müssen. Überall ließe sich demnach ein etwaiger Konflikt lokal begrenzen, weil immer dem Krenel Gelegenheit geboten wäre, das Gesicht zu wahren.

Nun war es aber von jeher so, daß es zu keiner ernststen Auseinandersetzung kommt, wo Seite und Gegenseite von vornherein auf der Hut sind und dementsprechend ihre Maßnahmen treffen. Das Gleichgewicht der Kräfte ist nach wie vor die beste Garantie des Friedens.

Es bleibt das Verdienst Moskaus, sein Möglichstes getan zu haben, wenn auch gewiß ungewollt, daß sich eine Stabilisierung dieses Gleichgewichtes der Kräfte anbahne. Die stur negative Linie der russischen Nachkriegspolitik zwang den Westen zur Union unter den verschiedensten Formen. Die europäischen Völker hätten sich wohl noch auf lange Jahre hindurch nicht so schicksalverbunden gefühlt, hätte nicht mit solch erschreckender Eindeutigkeit die Gefahr aus dem Osten über ihnen geschwebt. Diese Gefahr zwang sie, die Völker des Westens, sich in der westeuropäischen und in der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu verbünden. Sie öffnete ihnen die Augen vor allen „progressistischen“ Illusionen. Sie ließ sie bei sämtlichen Wahlen immer eindeutiger abrücken vom Kommunismus. André Gide, Ignazio Silone, Koestler — und nun auch Henry Wallace sind Namen, die geradezu symbolhaft wirken für diesen Wandel in der westlichen Erkenntnis.

Sie, diese Gefahr, bewirkt endlich, daß in den der Demokratie verschworenen Ländern heute die Washingtoner Entschlüsse nicht im geringsten diskutiert, sondern mit Erleichterung zur Kenntnis genommen werden. Und doch weiß jeder, daß diese freiwillig übernommene Zugehörigkeit zur demokratischen Verteidigungsfront Opfer verlangt wird, die keinem der Partner erspart bleiben werden. Ebenso aber weiß jeder, daß es besser ist, in einer mühsam erworbenen Freiheit zu leben, als aus falsch verstandener Bequemlichkeit sich selbst in Knechtschaft und Sklaverei zu stützen.

Das amerikanische Volk nimmt heute bereits große Opfer auf sich. Spontan äußert sich auf Präsident Trumans Botschaft hin die Bereitschaft zum Verzicht auf so manche Annehmlichkeit des täglichen Lebens. Dieses selbe amerikanische Volk hilft allen Völkern die guten Willens sind, sich Freiheit in Frieden zu sichern. Nur verlangt es mit Recht, daß besagte Völker auch das Ihre beitragen. Mit alleiniger amerik. Hilfe kann es heute nicht mehr getan sein. Es müssen alle Kräfte zusammengetragen werden zu einem einzigen großen Verteidigungspotential. Das wird dann eindrucksvoll genug sein, der Welt den Frieden zu erhalten und zu sichern.

Der französische Vertreter beim Atlantikpakt ernannt

Paris, 20. Juli. Der bisherige Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Hervé Alphand, ist zum französischen Vertreter im Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktmitglieder ernannt worden, wie das französische Außenministerium gestern bekanntgab.

Der Nachfolger Alphands wird der Berufsdiplomat Pierre Charpentier werden.

Eine Neuorientierung der Wirtschaftsquellen sei auf Grund der Verteidigungserfordernisse unerlässlich. Der Präsident schlug in diesem Zusammenhang vor: 1. Erteilung von Prioritäten für Grundstoffe, die für die nationale Verteidigung notwendig sind, Beschränkung des Verbrauchs von Grundstoffen für nicht-kriegswichtige Zwecke, Verhinderung von Hortungen und, wenn nötig, Beschlagnahme von Grundstoffen für die nationale Verteidigung. 2. Ueberprüfung des Bedarfs der Regierungsstellen an Dienstleistungen und Grundstoffen im Hinblick auf eine Einschränkung des Verbrauchs zu Gunsten der Verteidigung. 3. Erhöhung der Steuern zur Verhinderung inflationistischer Tendenzen. 4.

Truman wandte sich ebenfalls an das amerikanische Volk

Präsident Truman hat dem amerikanischen Volk gestern abend erklärt, daß es wegen des Korea-Krieges und der allgemeinen Weltlage den Gürtel etwas enger schnallen müsse. Er betonte jedoch, daß Angstkäufe und Hamstern unnötig und selbstschädlich seien.

Die von allen amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen und der B.B.C. verbreitete Rede des Präsidenten hatte im großen und ganzen in kürzerer und einfacher Form den gleichen Inhalt wie die Botschaft Trumans an den Kongress.

Die Berichte der amerikanischen militärischen Befehlshaber, sagte Truman, gäben keinen Anlaß zur Beunruhigung, aber sie ließen darauf schließen, daß die den USA in Korea bevorstehende Aufgabe als Folge „eines Aktes brutaler Aggression durch die kommunistischen Streitkräfte“ lang und schwierig sei. Der Präsident hielt seine Rede im Filmvorführungsraum des Weißen Hauses in Anwesenheit von 60 bis 70 Personen. Er sagte zwar im wesentlichen nichts Neues, doch nahm er in die Rede einen Bericht General MacArthurs auf, der wenige Stunden vorher eingegangen war.

Truman verlas außerdem einen Auszug aus einem Bericht des Stabschefs der amerikanischen Armee, General Lawton Collins, der am Samstag von einer Inspektionsreise aus Korea zurückkehrte. General Collins erklärte, die UNO-Streitkräfte in Korea leisteten hervorragendes. Die vor ihnen liegende Aufgabe sei nicht leicht, aber er vertraue auf die erfolgreiche Lösung.

Den kommunistischen Angriff auf Südkorea nannte Truman einen „glatten Friedensbruch“. Der Angriff stelle eine Verletzung der UNO-Charta dar und demonstrierte die Mißachtung der fundamentalen moralischen Prinzipien, auf denen die Vereinten Nationen gegründet wurden.

Die Vereinten Staaten müßten, daher ihre militärische Stärke und Bereitschaft erhöhen, indem sie General MacArthur mehr Soldaten und mehr Material zur Verfügung stellen, die amerikanischen Streitkräfte über das für Korea notwendige Maß hinaus verstärken und zusammen mit ihren Alliierten den Aufbau der gemeinsamen Verteidigung beschleunigen, sagte Truman.

Erneut müßten ein größerer Teil der ungeheuren amerikanischen Produktionskapazität, mehr Stahl, Aluminium und viele andere Dinge für Verteidigungszwecke verfügbar gemacht werden, fuhr Truman fort. Er umriß in diesem Zusammenhang die Empfehlungen, die er dem Kongress über den Verbrauch dieser Rohstoffe und über die finanzielle Hilfe für die Privatindustrie zur Erhöhung der Produktion gemacht hatte.

Die höheren Steuern, sagte Truman, seien ein Beitrag zur nationalen Sicherheit, „den jeder von uns zu zahlen bereit sein sollte“.

Der Präsident bedauerte, daß einige Leute offenbar auf Grund von Gerüchten Angstkäufe unternommen hätten. Hamstern habe nur eine völlig überflüssige örtliche Verknappung zur Folge. Insbesondere Nahrungsmittel brauchten nicht auf Vorrat gekauft zu werden. „In Amerika gibt es genug zu essen“, betonte Truman. „Ich habe gelesen, daß in einigen Städten in großen Mengen Zucker eingekauft wurde. Das ist lächerlich. Uns steht mehr Zucker zur Verfügung als je zuvor. Auch von unseren andern Grundnahrungsmitteln ist genügend vorhanden. Ich hoffe aufrichtig, daß sich jede amerikanische Hausfrau danach richten wird, wenn sie ihre täglichen Einkäufe macht.“

Pariser Stimmen zur Truman-Rede

Pariser Regierungskreise haben die in Präsident Trumans Botschaft zum Ausdruck gebrachte Energie

Weitere Beschneidung der Kredite für das von der Bundesregierung gestützte Bauprogramm, um so größere Summen für Bauzwecke im Rahmen der Verteidigung frei zu bekommen. 5. Gewährung von direkten Krediten und von Kreditgarantien zur Erhöhung der Industrieproduktion.

Aus dem bisherigen Kampfverlauf in Korea gehe hervor, daß kein schneller Sieg zu erwarten sei, betonte Truman. Die nord-koreanischen Truppen seien gut ausgerüstet und gut geführt und seit langer Zeit für eine Aggression ausgebildet worden. Die Vereinten Staaten müßten Vorbereitungen treffen, um sich überall für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit einsetzen zu können. Amerika beginne nicht nur für den Krieg in Korea zu mobilisieren, sondern für jeden Notfall.

Truman wiederholte seine Versicherung, daß Amerika keine territorialen Ansprüche habe oder andere Länder oder Völker zu beherrschen suche, sondern eine Welt wolle, in der alle Menschen in Frieden und Freiheit leben können.

Es sei klar, daß die freien Völker die Durchführung ihres gemeinsamen Sicherheitsprogramms beschleunigen müßten. Wie die Vereinten Staaten müßten auch ihre Verbündeten mehr für die Verteidigung tun. Sie würden jedoch darüber hinaus stärkere Hilfe von den Vereinten Staaten brauchen.

„Wir werden den Kurs, den wir gewählt haben, mit Mut und Glauben weiter verfolgen“, schloß Truman zuversichtlich, „weil wir in unserem Herzen die Flamme der Freiheit tragen. Wir kämpfen für Freiheit und Frieden und werden mit Gottes Hilfe siegen.“

und Willensfestigkeit mit Befriedigung aufgenommen. Es wurde erklärt, diese Botschaft zeige die Entschlossenheit Amerikas, die ihm von den Vereinten Nationen in Korea übertragene Aufgabe durchzuführen.

Britische Reaktion

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums hat gestern abend zur Botschaft Trumans erklärt, Großbritannien betrachte es als äußerst bedeutsam, daß die Vereinten Staaten derartig weitreichende Maßnahmen ergreifen, um ihre Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen zu erfüllen.

In London wird erwartet, daß Premierminister Attlee in den nächsten Tagen vor dem Unterhaus zur Botschaft Trumans Stellung nehmen wird.

Telegramme an Truman

Der Verband der amerikanischen Industriellen und Henry Ford haben Präsident Truman gestern im Anschluß an die Veröffentlichung der Botschaft des Präsidenten versichert, daß die amerikanische Industrie bereit sei, die Regierung zu unterstützen. „Wenn die kommunistische Aggression in Korea zu einem allgemeinen Kriege führt, ist die amerikanische Industrie bereit“, heißt es in dem Telegramm des Industriellenverbandes. Amerikas Industriekapazität sei jetzt bedeutend größer als bei Beginn des letzten Krieges.

Die amerikanische Antwort auf den indischen Vermittlungsvorschlag

Washington, 20. Juli. Gestern veröffentlichte das State Department den Wortlaut der amerikanischen Note auf den indischen Vermittlungsvorschlag im Korea-Konflikte. In der Note wird der Gedanke einer Aufnahme des kommunistischen Chinas in die Vereinten Nationen als Voraussetzung für eine Beilegung des Korea-Konfliktes zurückgewiesen. In der Note wird erklärt, daß die Entscheidung über die Aufnahme der Volksrepublik China nicht von einer ungesetzlichen Aggression diktiert werden dürfte, da damit auf die Vereinten Nationen ein Druck ausgeübt werden würde. Friedensbruch und Aggression gehörten zu den ernstesten Angelegenheiten, vor die die Vereinten Nationen gestellt werden können. Die Beendigung des Korea-Konfliktes könne nicht mit der Lösung anderer Fragen verbunden werden, die gegenwärtig den Vereinten Nationen vorliegen.

Ferner wird betont, daß die Vereinten Staaten die Aggression als eine Frage ansehen, die der sofortigen Lösung bedarf, und daß Amerika Frieden in Korea wünsche.

Das State Department wisse, daß Nehru den ersten Wunsch der Vereinten Staaten für eine baldige Wiederherstellung des Friedens in Korea gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrates teile, die Vereinten Staaten seien bereit, mit Indien zusammenzuarbeiten, um die Vereinten Nationen zu einem Instrument zu machen, mit dem die Furcht vor Aggression ständig von den Völkern der Erde genommen werden könne.

Die amerikanische Antwort auf Nehrus Vermittlungsvorschlag und die indische Stellungnahme hierzu sind von Nehru gestern an Marshall Stalin weitergeleitet worden.

Eine zweite Botschaft Pandit Nehrus an die amerikanische Regierung

Neu-Delhi, 20. Juli. Der indische Ministerpräsident Pandit Nehru hat im Zusammenhang mit seinen Vermittlungsbemühungen im Korea-Konflikt eine zweite Botschaft an die amerikanische

Grubenexplosion in England

London, 20. Juli. Nach einer heftigen Explosion ist gestern in einer Kohlengrube bei Blantyre (Schottland) ein Schachtbrand ausgebrochen. Nach Meldungen der britischen Agentur „Press Association“ sollen 28 Bergleute 600 Meter unter Tage eingeschlossen sein. Es wird befürchtet, daß die Bergleute, die sich auf einem Inspektionsgang in den Stollen befanden, nicht mehr über Tage zurückkönnen.

Angsterfüllte Verwandte und streikende Bergleute eilten zur Grube, um den eingeschlossenen Hilfe zu bringen. Aus dem Clyde-Fluß wird Wasser in die brennenden Grubengebäude gepumpt.

„Die Nordkoreaner haben ihre Chance verpasst“ erklärt General MacArthur

Tokio, 20. Juli. In einem Sonderbericht General MacArthurs heißt es, die Nordkoreaner hätten ihre Chance verpaßt. Der Aufmarsch größerer Verbände der 8. Armee, der die erste Phase des Feldzuges bildete, sei abgeschlossen; für die Nordkoreaner bestünden jetzt keine Siegesaussichten mehr.

Die kommunistischen Siegesaussichten hätten von der schnellen Eroberung ganz Südkoreas nach der Ueberschreitung des Han südlich von Seoul abgehangen, fuhr General MacArthur fort. „Diese Chance hat der Feind jetzt durch den außerordentlich schnellen Anmarsch der achten Armee aus Japan verloren. Der verzweifelte Entschluß, kleine Gruppen amerikanischer Einheiten, so wie sie mit allen verfügbaren Transportmitteln aus Japan eintrafen, in den Kampf zu werfen, wurde nur in der Hoffnung gefaßt, die Situation zu retten. Durch den anschließenden geschickten und mutigen hinhalten des Widerstand der Landstreitkräfte und deren schnelle Unterstützung durch Luftwaffen- und Marine-Einheiten sind die Kommunisten gebremst und gezwungen worden, verlustreiche Frontalangriffe zu führen.“

Die bei Pohang gelandete erste amerikanische Kavallerie-Division hat nach den letzten Berichten vom Mittwoch abend ihren Brückenkopf erweitert und ist weiter in das Landesinnere vorgezogen, um den kommunistischen Vorstoß nach Süden längs der Bahnlinie Yongju-Andong aufzuhalten. Nördlich von Yongdok konnten die kommunistischen Truppen zurückgedrängt werden. Bei Taejon halten die amerikanischen Truppen trotz kleinerer Geländegewinne der Nordkoreaner ihre Stellungen. Die kommunistischen Truppen sollen jedoch das 40 Kilometer südwestlich Taejon liegende Iri eingenommen haben, das von südkoreanischen Truppen verteidigt wurde. „Stärkere Gefechts-tätigkeit ist aus dem Mittelabschnitt gemeldet worden; wo die Kommunisten an der Straße Chungju-Hamschang-Sangju langsam weiter nach Süden vorrücken. Yechon an der Straße Andong-Hamschang ist endgültig den nordkoreanischen Truppen überlassen worden.“

Alliierte Flugzeuge griffen kommunistische Truppen- und Panzersammungen bei Nonsan, etwa 60 Kilometer südwestlich von Taejon, an. In Washington gab ein Sprecher des Verteidigungsministeriums bekannt, daß alliierte Luftstreitkräfte gestern 60 feindliche Flug-

Regierung gesandt. Diese zweite Note Nehrus ist die Antwort auf die Note Achesons, in der er den Gedanken der Aufnahme des kommunistischen Chinas in die Vereinten Nationen als Voraussetzung für eine Beilegung des Korea-Konfliktes durch den Sicherheitsrat abgelehnt hat.

In seiner zweiten Botschaft erklärt der indische Ministerpräsident, sein Vorschlag sei dazu bestimmt gewesen, den toten Punkt im Sicherheitsrat zu überwinden und die Sowjetunion zur Rückkehr zu veranlassen.

Da die indische Regierung die Volksrepublik China am 30. September des vorigen Jahres anerkannt habe, sei sie ständig bemüht gewesen, die Aufnahme ihrer Vertreter in die verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen herbeizuführen. Sein Vorschlag, den er in den Noten an Acheson und Stalin zum Ausdruck gebracht habe, wäre nur eine Erneuerung dieser Bemühung gewesen.

Indien habe für die Korea-Resolutionen des Sicherheitsrates gestimmt, um die Vereinten Nationen in ihrem Widerstand gegen die Aggression zu stärken. Er wisse, daß eins der Hauptziele der amerikanischen Außenpolitik die Erhaltung des Weltfriedens sei und daß die Regierung der Vereinten Staaten die Vereinten Nationen für eins der besten Mittel zur Erreichung dieses Zieles halte. Dies sei auch beständig die Politik der indischen Regierung gewesen.

Aus diesem Grunde habe er seinen Vorschlag gemacht und gehofft, daß damit eine brauchbare Atmosphäre für eine friedliche Lösung des Korea-Problems geschaffen werden könnte. Er glaube auch jetzt nicht, daß die Aufnahme der Volksrepublik China eine Ermütigung für eine Aggression sein würde.

Der britische Botschafter bei Dean Acheson

Washington, 20. Juli. Der britische Botschafter in Washington, Sir Oliver Franks, hatte gestern mit Außenminister Dean Acheson eine halbstündige Unterredung über den koreanischen Krieg.

Die Generaldebatte über die Königsfrage wurde gestern im belgischen Parlament abgeschlossen

Brüssel, 20. Juli. (Belga). Die gestrige Sitzung der beiden Häuser des belgischen Parlaments erbrachte den Abschluß der Generaldebatte über die Rückkehr König Leopolds. Eingangs der Sitzung sprach der liberale Senator Hoste über die von seiner Fraktion eingebrachte Motion, die eine Kompromißlösung zur Königsfrage darstellen sollte. In diesem Antrag wurde empfohlen, weitere Verhandlungen auf der Grundlage des am vergangenen 22. April getroffenen Übereinkommens zwischen den drei großen Parteien wieder aufzunehmen.

In der anschließenden Diskussion kamen die Führer der verschiedenen Parteien zu Wort. Der Vorsitzende der sozialistischen Partei, Max Buset, erklärte, die belgischen Sozialisten würden Leopold III. unter keinen Umständen als König der Belgier anerkennen. Buset stellte ferner fest, daß die Sozialisten weder jetzt noch in Zukunft mit einer von Leopold anerkannten Regierung zusammenarbeiten würden. Buset gab bekannt, daß die Sozialisten einschließlich der Gewerkschaften den König in jeder Hinsicht boykottieren würden. Unter anderem kündigte er an, daß seine Partei auch zu dem Mittel des politischen Streiks greifen würde. Sozialistische Abgeordnete und Senatoren würden alle Auszeichnungen, die sie für Verdienste um den Staat erhalten hätten, wieder dem König zurücksenden.

Buset forderte die Regierung auf, innerhalb von 48 Stunden die genaue Zeit der Rückkehr Leopolds bekanntzugeben. Außerdem solle Leopold seine Thronrede vor beiden Häusern des Parlaments halten.

Paul-Henri Spaak warnte den Ministerpräsidenten in einer zweistündigen Rede gegen die Rückkehr des Königs, daß er im Begriff sei, die nationale Einheit zu zerstören.

Ministerpräsident Jean Duvieusart wandte sich gegen alle Versuche der Opposition, die Abstimmung über die Rückkehr des Königs zu verschieben und erklärte, daß dieselbe heute stattfinden werde. Duvieusart deutete jedoch an, daß der König unter Umständen bereit sein würde, seine Rechte nach seiner Rückkehr an Kronprinz Baudouin zu übertragen, und forderte die Opposition auf, mit ihren Gegenmaßnahmen 14 Tage zu warten.

Der Antrag der Liberalen auf Wiederaufnahme von Verhandlungen wurde mit den Stimmen der Christlich-Sozialen gegen die der Opposition abgelehnt.

Explosion vor dem Palast von Laeken

Brüssel, 20. Juli. (AP). Vor dem königlichen Palast in Laeken bei Brüssel ist in der vergangenen Nacht eine Bombe explodiert. Sie beschädigte die Backsteinmauer, die den Garten des Palastes umschließt. Die Explosion erfolgte gegen Mitternacht, das Sprengloch wurde jedoch erst in den gestrigen frühen Morgenstunden gefunden. Es ist groß genug, einen Eindringling durchzuführen, der einen halben Meter starke Umfriedungsmauer zu gewähren.

Der Palast von Laeken, in dem sich zur Zeit die Königin-Mutter Elisabeth aufhält, ist als zukünftiger Wohnsitz König Leopolds nach seiner Rückkehr aus dem Exil vorgesehen.

Kominform-Tagung in Berlin?

Berlin, 20. Juli. (AP). Zahlreiche führende Vertreter der kommunistischen Parteien Europas und Chinas trafen gestern als Delegierte zum dritten Parteitag der SED in Berlin ein.

Die Tatsache, daß sich unter ihnen Männer wie M. R. Suslow, Sowjetunion, Palmiro Togliatti, Italien, Jacques Duclos, Frankreich, Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz und Politbüro-Mitglied Jakub Berman, Polen, Bedrich Geminder, Tschechoslowakei, und Josef Revai, Ungarn, befinden, die im kommunistischen Informationsbüro eine Rolle spielen, gab in politischen Kreisen Anlaß zu der Vermutung, daß sie tatsächlich zu einer Kominform-Konferenz nach Berlin gekommen sind.

Der SED-Parteitag hat somit den Anlaß zu der größten Zusammenkunft kommunistischer Politiker seit dem Ausbruch des Krieges in Korea gegeben. Dieses Treffen findet außerdem zu einer Zeit statt, da sich der Druck des Kominform auf Marshall Titos Regime in Jugoslawien bedeutend verstärkt hat.

Noch nie zuvor ist ein Parteitag der SED durch ein derartiges Angebot prominenter ausländischer Kommunisten ausgezeichnet worden. Selbst das kommunistische China war durch ein Mitglied des Zentralkomitees der chinesischen KP, Wang Chia Hsing, vertreten. Dies deutet darauf hin, daß die Kominform-Vertreter nicht lediglich als Gäste

Amerikanisches Weissbuch über Korea

„Die kommunistische Invasion Koreas ist ein brutaler Schlag gegen den Frieden der Welt“, heißt es in einem gestern vom amerikanischen Außenministerium veröffentlichten Weissbuch zum Korea-Konflikt. Der kommunistische Angriff richte sich gegen eine friedliebende Nation, die eine unabhängige Regierung besitze und unter Mitwirkung der Vereinten Nationen geschaffen worden sei.

Obwohl die Sowjetunion die Vereinten Nationen boykottiere, habe die Regierung der Vereinten Staaten nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten die Mitarbeit Moskaus zu einer friedlichen Beilegung des Streitfalles gesucht. Die Sowjetunion habe jedoch statt das nordkoreanische Vorgehen abzulehnen, die südkoreanische Republik der Aggression beschuldigt. Den Beschluß des Sicherheitsrates zu militärischen Sanktionen gegen den nordkoreanischen Angreifer habe Moskau als illegal bezeichnet.

Das Weissbuch, das den Titel „Amerikanische Politik in der Korea-Krise“ (United States Policy in the Korea Crisis) trägt, umfaßt 68 Seiten und schildert die Entwicklung der Krise Schritt um Schritt.

zum SED-Parteitag, sondern zu einer wichtigen Konferenz mit den Vertretern Moskaus hierhergekommen sind.

Auf dieser Konferenz könnten nach Ansicht unterrichteter Kreise auch Beschlüsse über die Aufnahme der SED in das Kominform, sowie über die Festigung der Beziehungen der Sowjetzonenrepublik zum Ostblock auf der Tagesordnung stehen.

Volksstaatsanwalt flüchtet nach dem Westen

Berlin, 20. Juli. Volksstaatsanwalt Heinz Perscheid, der vom SED-Politbüro mit der Anklagevertretung im Schausproß gegen den nach Westdeutschland geflohenen früheren thüringischen Finanzminister Leonhard Moog beauftragt worden war, ist mit sämtlichen Prozeßunterlagen nach Westberlin geflüchtet.

Die Schumanplan-Besprechungen

Paris, 20. Juli. (AP). Die Delegierten Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs werden den Rohentwurf des Abkommens über die im Schumanplan vorgeschlagene europäische Schwerindustrie-Union voraussichtlich bis zum 1. August fertigstellen, teilte gestern ein Sprecher der Konferenz mit. In den Verhandlungen würden rasche Fortschritte erzielt. Der endgültige Entwurf des Abkommens werde bis zum 15. Oktober zur Vorlage bei den beteiligten Regierungen und Parlamenten fertiggestellt werden.

Der Sprecher sagte, die Ausschüsse hätten sich bereits über Schritte zur Modernisierung der Ausrüstungen der Stahl- und Kohle-Industrie, die Methode der Finanzierung der vorgesehenen Hohen Behörde und die Investierungspläne geeinigt. Viele technische Einzelheiten müßten noch ausgearbeitet werden.

Morgen nachmittag werden die Delegierten eine Vollsitzung abhalten, wie der Sprecher bekanntgab.

US-Repräsentantenhaus votiert das Waffenhilfe-Gesetz

Washington, 20. Juli. Mit 359 gegen eine Stimme hat gestern das amerikanische Repräsentantenhaus die Ermächtigungsvorlage für das zweite Jahr des Waffenhilfeprogramms in Höhe v. 1.222.500.000 Dollar gebilligt. Als einziger stimmte ein Abgeordneter der amerikanischen Arbeiterpartei gegen die Vorlage.

Die Entscheidung des Hauses fiel kurz nach der Bekanntgabe der Botschaft des Präsidenten Truman an den Kongress, in der er die Anfordernisse weiterer zehn Milliarden Dollar in Aussicht stellte.